



Mieterbündnis-Braunschweig
Wendenstraße 51
38100 Braunschweig
E-Mail: kontakt@mieterbündnis-braunschweig.info
oder novonovia-bs@gmx.de
Web: www.mieterbündnis-braunschweig.info
Tel. 015755575013

An den
Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig
Herrn Dr. Thorsten Kornblum

Betreff: Aufforderung zur politischen Klärung – Vertrauensverlust durch Nichtbefassung und strukturelle Untätigkeit in der Wohnungspolitik

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Antwortschreiben von Herrn Stadtbaurat Leppa vom 13. März 2026 stellt aus Sicht des Mieterbündnisses Braunschweig eine politisch unzureichende, sachlich ausweichende und inhaltlich nicht akzeptable Reaktion auf unseren Offenen Brief dar.

Es handelt sich erkennbar um eine standardisierte Verwaltungsstellungnahme, die weder die von uns aufgeworfenen rechtlichen Kernfragen beantwortet noch die vorgeschlagenen Lösungsansätze ernsthaft würdigt. Vielmehr wird erneut der Eindruck vermittelt, dass sich die Stadtverwaltung strukturell einer aktiven Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Problemen auf dem Wohnungsmarkt entzieht.

Mit besonderer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass unser Offener Brief offenbar durch Ihr Sekretariat ohne erkennbare eigene inhaltliche Befassung Ihrerseits unmittelbar an Herrn Leppa zur Beantwortung weitergeleitet wurde. Für viele betroffene Bürgerinnen und Bürger entsteht dadurch der Eindruck, dass ein zentrales sozialpolitisches Thema von der politischen Spitze der Stadt nicht persönlich aufgegriffen, sondern auf Verwaltungsebene „delegiert“ wurde.

Diese Wahrnehmung verstärkt den bereits bestehenden Vertrauensverlust erheblich. Wohnungspolitik ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit – eine bloß administrative Behandlung wird der Tragweite dieser Thematik nicht gerecht.

Besonders schwer wiegt, dass sämtliche konstruktiven Vorschläge des Mieterbündnisses – darunter die Einrichtung eines institutionalisierten Runden Tisches, der Aufbau aktiver

Marktbeobachtungsstrukturen, die Prüfung ordnungsrechtlicher Eingriffsmöglichkeiten sowie die Einführung eines kommunalen Betriebskostenspiegels – faktisch ignoriert wurden.

Der pauschale Verweis auf landesweite Durchschnittswerte ersetzt keine differenzierte Analyse der spezifischen wohnungswirtschaftlichen Realität einer kreisfreien Großstadt wie Braunschweig. Eine solche Argumentationsweise verhindert notwendige Transparenz und trägt zur weiteren Verunsicherung vieler Mieterinnen und Mieter bei.

Die fortgesetzte Darstellung, wonach kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Überprüfung möglicher Verstöße gegen mieterschützende Vorschriften praktisch nicht bestehen würden, ist rechtlich zumindest zweifelhaft und politisch höchst problematisch. Sie trägt dazu bei, bestehende Schutzinstrumente faktisch zu entwerten und strukturelle Marktverzerrungen zu verfestigen.

Vor dem Hintergrund der im September anstehenden Kommunalwahlen erhält diese Entwicklung eine zusätzliche politische Dimension. Der Umgang mit den existenziellen Sorgen vieler Mieterinnen und Mieter wird maßgeblich Einfluss auf die öffentliche Bewertung der politischen Verantwortungsträger haben.

Wir setzen Ihnen daher letztmalig eine klare Frist:

Sollte sich keine erkennbare politische Initiative Ihrerseits zur Neubewertung der bisherigen Verwaltungspraxis erfolgen, werden wir folgende Schritte einleiten:

- Einschaltung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörden zur rechtlichen Überprüfung der Verwaltungspraxis
- umfassende Information regionaler und überregionaler Medien über die strukturelle Nichtbefassung der Stadtspitze mit mietrechtlichen Schutzfragen
- politische Thematisierung im Vorfeld der Kommunalwahlen durch öffentliche Kampagnen und Veranstaltungen
- Prüfung weiterer rechtlicher und politischer Maßnahmen zur Durchsetzung einer aktiven kommunalen Wohnungspolitik

Wir betonen ausdrücklich: Unser Ziel ist keine Eskalation um ihrer selbst willen. Unser Ziel ist eine rechtsstaatlich belastbare, sozial verantwortliche und transparente Wohnungspolitik, die den realen Herausforderungen des Braunschweiger Wohnungsmarktes gerecht wird.

Die Verantwortung hierfür liegt bei der politischen Führung der Stadt. Eine weitere Verzögerung oder Verweigerung politischer Befassung wird zwangsläufig zu einer deutlichen Intensivierung öffentlicher und rechtlicher Auseinandersetzungen führen.

Mit nachdrücklichen Grüßen

Jost Messerschmidt
Sprecher Mieterbündnis Braunschweig